



HALLE ★ *Die Stadt*

## Antrag

TOP:  
Vorlagen-Nummer: **III/2003/03324**  
Datum: 23.05.2003  
Bezug-Nummer.  
Kostenstelle/Unterabschnitt:  
Verfasser: Dr. Gesine Haerting

<b>Beratungsfolge</b>	<b>Termin</b>	<b>Status</b>
Stadtrat	28.05.2003	öffentlich Entscheidung

**Betreff: Antrag der HAL-Fraktion - zur Entwicklungssatzung Halle, Heide Süd**

### Beschlussvorschlag:

Die Entwicklungsziele der Entwicklungssatzung Halle, Heide-Süd werden beibehalten. Demgegenüber werden die Nutzungsanforderungen für das Teilgebiet der ehemaligen Landesheilanstalt erweitert. Zugelassen werden über die bisherige Beschränkung auf Forschungs- und Technologieunternehmen hinaus auch Nutzungen, die z. B. zur Infrastruktur des neu entstandenen Stadtteils beitragen oder auch medizinische Einrichtungen.

gez. Weiland  
Fraktionsvorsitzender

## **Begründung:**

Die ehemalige Landesheilanstalt ist das wichtigste Baudenkmal des neuen Stadtteils Heide-Süd. Mehrere Wege und Sichtachsen sind auf die schlossartige Anlage des frühen 19. Jahrhunderts ausgerichtet und unterstreichen deren städtebauliche Dominanz. Die historischen Gebäude sind in dieser städtebaulichen Qualität nicht ersetzbar.

Das weitläufige Gelände des WIP bietet ausreichend Platz für die Erweiterung des TGZ. Eine Inanspruchnahme des Geländes der ehemaligen Landesheilanstalt ist nicht zwingend notwendig. (siehe Anlage – Stellungnahme der Architektenkammer)

Mehrere Investoren für die Gebäude der ehemaligen Landesheilanstalt wurden abgewiesen, weil ihre zukünftige Nutzung nicht kompatibel mit dem WIP war. Eine behutsame Änderung der Nutzungsanforderungen erhöht wesentlich die Vermarktungschancen der historischen Anlage.

Die grundhafte Instandsetzung (Dach, Fassade, Fenster, statische Instandsetzung und Erneuerung der Decken und Treppen im Inneren) für ca. 10.000 m<sup>2</sup> Geschossfläche werden mit 7 Mio. Euro beziffert. Es wäre zu prüfen, ob diese Kosten teilweise über Förderungen abzudecken sind. Eine teilsanierte Immobilie steigert wesentlich die Vermarktungschancen und wirkt weniger abschreckend für die angrenzenden Investoren.

Die Nachfrage nach Altbauten hat sich in den letzten Jahren in dem Gebiet Heide-Süd verbessert. So werden die ehemaligen Mannschaftshäuser (z.B. sog. Denkmalhof) stärker nachgefragt. Mehrere ähnliche Gebäude, die vor wenigen Jahren noch auf Grund vermeintlicher nicht vorhandenen Interesses seitens Investoren abgerissen wurden, wären heute gut vermarktbar. Es ist nicht auszuschließen, dass diese Entwicklung sich im Gelände der ehemaligen Landesheilanstalt fortsetzt.

Die Antwort der Verwaltung lautet:

Es wird zunächst auf die ausführliche Stellungnahme des Fachbereiches Wirtschaftsförderung zum Antrag auf Änderung der Entwicklungsziele (Vorlagen-Nummer III/2003/03154) verwiesen. In dieser werden u. a. die Aspekte der Vermarktung eingehend beleuchtet. Hier soll lediglich – dem Inhalt des vorliegenden Antrages entsprechend - auf die Thematik möglicher Nutzungsänderungen eingegangen werden.

Vor dem Hintergrund mehrjähriger und leider nicht erfolgreicher Vermarktungsbemühungen der ehemaligen Landeskrankenanstalt (LKA) wurde durch das Beratungsgremium für Heide-Süd – bestehend aus Vertretern der SALEG, der durch die SALEG beauftragten Ingenieur- bzw. Architektenbüros, der Stadtplanung und der Wirtschaftsförderung – im Februar 2002 die Nutzerstruktur insbesondere im Hinblick auf die besondere Problematik der LKA einvernehmlich modifiziert.

Bei den Bemühungen um die Vermarktung der LKA wurde bereits weit vor der o. g. Festschreibung eine flexible Auslegung der z. B. durch den B-Plan festgelegten Nutzerstruktur praktiziert. Beispiele für eine Öffnung sind z. B. die geplante Ansiedlung der Deutschen Angestellten-Akademie oder der Tschira-Stiftung. Neben der Direktansprache von Unternehmen wurde von der Wirtschaftsförderung u. a. der Versuch unternommen, nach dem Vorbild von in unserer Partnerstadt Karlsruhe von Stadt und Landesbank gemeinsam realisierten Projekten (z. B. Zentrum für Medienkunst in einer ehemaligen Munitionsfabrik) zu verfahren. Die Bitte um Unterstützung bei der bis zum Jahr 2002 tätigen und auch der neuen Landesregierung sowie bei der NordLB führten nicht zum Ziel.

Nur in einem Fall wurde die Ansiedlung eines Interessenten, der in der LKA eine Tagesklinik mit Pflegeeinrichtung errichten wollte, im April 2000 auf Beschluss der Beigeordnetenkonferenz mangels Passfähigkeit zum WIP-Konzept abgelehnt. Der Bewerber teilte inzwischen mit, dass – unabhängig von der erteilten Ablehnung – das Projekt in Ermangelung einer ausreichenden Finanzierung und in Anbetracht eines wachsenden Leerstandes von Krankenhauskapazitäten in bestehenden Einrichtungen nicht durchführbar gewesen wäre.

Die bisher erfolgreiche Entwicklung des WIP, der auch zunehmend nationale Anerkennung wegen seiner klaren Ausrichtung auf die Neuen Technologien findet, veranlasst uns, an diesem Konzept festzuhalten. Jedes Abweichen von dieser Konzeption stellt eine Schwächung dieser klaren strategischen Linie dar und wird deshalb nicht unterstützt.

Ingrid Häußler  
Oberbürgermeisterin